

erscheint in:

Hentges, G., Platzer, H.-W. (2016): Europäische Identität in der Krise? Wiesbaden: VS

Europäisches Sozialmodell, Krisenpolitik und die extreme und populistische Rechte

Jörg Flecker

1. Europäisches Sozialmodell, Krise und Wandel der Erwerbsarbeit

Der Begriff „Europäisches Sozialmodell“ wurde zunächst vom Kommissionspräsidenten Delors in einem politischen Zusammenhang popularisiert. Ihm ging es um die Verteidigung der wohlfahrtsstaatlichen Traditionen Europas im Kontext der marktschaffenden Integration durch gemeinsamen Binnenmarkt und Währungsunion (Heise/Lierse 2011). In der Folge wird der Begriff in der wissenschaftlichen Diskussion aufgegriffen und als analytisches Konzept verwendet (Hermann/Mahnkopf 2010, S. 316). Mangels einer entwickelten sozialen Dimension der europäischen Integration werden damit aber weniger die europäischen Regulierungen angesprochen, denn der Nationalstaat bleibt die relevante Ebene für die institutionalisierte Solidarität des Wohlfahrtsstaates. Vielmehr geht es um die Gemeinsamkeiten der kontinentaleuropäischen, westlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Unterschied zu den USA im Hinblick auf die Rolle des öffentlichen Sektors, die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates, die Regulierung des Arbeitsmarktes, die Rolle der Gewerkschaften und der betrieblichen Mitbestimmung (ebenda, S. 317 f.; Hyman 2005). Eine zentrale Wirkung des Sozialmodells kann mit Esping-Andersen (2012) als De-Kommodifizierung der Arbeitskraft beschrieben werden, weil es deren Charakter als „fiktive Ware“ (Polanyi) abschwächt, insofern Personen zumindest phasenweise von Lohnarbeit unabhängig werden.

Freilich ging diese Rücknahme des Warencharakters in den meisten Mitgliedsstaaten nicht sehr weit. So schrieb Esping-Andersen: „Eine minimalistische Definition derselben (Anm.: der de-kommodifizierenden Wohlfahrtsstaaten) müsste beinhalten, dass ihre Bürger ungehindert und ohne drohenden Verlust des Arbeitsplatzes, ihres Einkommens oder überhaupt ihres Wohlergehens ihr Arbeitsverhältnis verlassen können, wann immer sie selbst dies aus gesundheitlichen, familiären oder altersbedingten Gründen oder aus solchen der eigenen Weiterbildung für notwendig erachten; sprich: wenn sie dies für geboten halten, um

in angemessener Weise an der sozialen Gemeinschaft teilzuhaben.“ (Esping-Andersen 2012 / 1989, S. 358). Nur eine Minderheit von Beschäftigten in wenigen Mitgliedstaaten kann sich tatsächlich eines solchen Ausmaßes an De-Kommodifizierung erfreuen.

Als Teil des Wohlfahrtsstaates wurden im Rahmen des vergleichsweise großen öffentlichen Sektors Dienstleistungen durch den Staat oder die Kommunen angeboten. Öffentliche Dienstleistungen im Bereich der Bildung, der Gesundheit, des Verkehrs, der Energie, der Post u.a. decken nicht nur Grundbedürfnisse ab, sondern ein gleicher und günstiger Zugang zu ihnen reduziert die Abhängigkeit der Bürger/innen von höchst ungleichen und vielfach unsicheren Markteinkommen. In vielen Städten gibt oder gab es zudem ein öffentliches Angebot an Wohnungen, womit die Daseinsvorsorge entscheidend ausgeweitet wird bzw. worden war.

Es ist interessant, dass die Europäische Kommission den Begriff des Europäischen Sozialmodells ausgerechnet zu einem Zeitpunkt kreierte, als die Schwächung eben dieses Sozialmodells im Zuge der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte in vielen Ländern bereits spürbar wurde (Hermann/Hofbauer 2007). Dies zeigt sich an der Prekarisierung von Erwerbsarbeit, der Schwächung sozialer Rechte im Fall von Arbeitslosigkeit sowie an den Reformen der Rentensysteme in vielen Ländern, aber auch an den abnehmenden Deckungsraten der Tarif- bzw. Kollektivverträge. Seit um 2010 die Krise des internationalen Finanzwesens in eine Staatsschuldenkrise transformiert wurde, trägt insbesondere die Sparpolitik in den Mitgliedsstaaten der Eurozone zu einer weiteren Schwächung der wohlfahrtsstaatlichen Absicherung bei und setzt die Sozialmodelle unter Transformationsdruck (Lehndorff 2014; Bieling/Buhr 2015). So haben die Mitgliedsstaaten bereits an einer Reihe von Elementen des Europäischen Sozialmodells Änderungen vorgenommen: an der sozialen Absicherung, den Pensionen, den öffentlichen Dienstleistungen, den Arbeitnehmerrechten, der Arbeitsqualität, den Beschäftigungsbedingungen und an dem sozialen Dialog (Vaughan-Whitehead 2015, S. 2). In Griechenland hat der „autoritäre Interventionismus“ der europäischen Krisenpolitik (Schulten/Müller 2013; Allinger et al. 2014) das europäische Sozialmodell inzwischen gänzlich abgeschafft.

Die letzten beiden Jahrzehnte waren in der Europäischen Union zudem durch die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen geprägt (Hermann/Flecker 2012). Die Organisationen, welche Leistungen wie Telekommunikation, Post, Elektrizität oder öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stellten, wurden aus der öffentlichen

Verwaltung ausgegliedert, vielfach privatisiert und von einer Versorgungs- und Gemeinwohlorientierung auf Kommerzialisierung und Gewinnerzielung umgestellt. Auch wenn Universaldienste erhalten blieben oder der Staat bedürftigen Bürger(inne)n weiter Zuschüsse gewährt, hat sich nicht nur der Zugang zu den Dienstleistungen, sondern auch ihr Charakter geändert. Die Leistungen stehen den Menschen nicht mehr aufgrund ihrer Bürgerrechte, sondern als Kund(inn)en, also als Marktteilnehmer/innen zu.

Mit der Schwächung des europäischen Sozialmodells werden die Bürger/innen also von zwei Seiten auf ihre Erfolge auf dem Arbeitsmarkt – oder, soweit selbstständig oder in die Selbstständigkeit gedrängt, auf alten und neu entstehenden Dienstleistungsmärkten – zurückgeworfen: Die soziale Absicherung wird brüchig, und Staat und Gemeinden fahren ihre Versorgungsleistungen zurück. Zugleich breiten sich prekäre Arbeitsformen aus, die es nicht erlauben, ausreichende Versorgung und vor allem Sicherheit durch die Teilnahme an Marktbeziehungen zu erlangen. Die Bedrohungen blieben aber nicht auf prekäre Arbeitsformen und Lebenslagen beschränkt. Bei hoher und steigender Arbeitslosigkeit, durch die Flexibilisierung der Arbeit, aber auch wegen der gestiegenen gesundheitlichen Belastungen dringt die Verunsicherung in die gesellschaftliche Mitte vor (Castel 2000).

Diese Transformationen der Erwerbsarbeit lassen sich auf einer abstrakteren Ebene als Erosion der über lange Zeit relativ stabilen Anerkennungsordnungen verstehen. Voswinkel und Wagner (2013) heben insbesondere die Organisation, den Beruf und das Leistungsprinzip hervor: Im Unterschied zu früher bieten viele Organisationen, insbesondere Unternehmen, zunehmend aber auch öffentliche Einrichtungen, eine abgestufte Mitgliedschaft an (etwa wenn Rechte vom Eintrittsdatum abhängen oder die Beschäftigung befristet ist), vergeben Mitgliedschaft unter Vorbehalt (etwa bei Befristungen) und versagen immer mehr Arbeitskräften (etwa Leiharbeiter(inne)n) überhaupt den Mitgliedstatus. Der Beruf garantiert immer weniger die gesellschaftliche Position; durch „Entberuflichung“ werden Tätigkeiten immer mehr in Form von Jobs ausgeübt. Schließlich ist das Leistungsprinzip „während der vergangenen Jahre mittels ideologischer Kampagnen so uminterpretiert worden, dass es nicht mehr Fähigkeiten und tatsächlichen Aufwand, sondern nur noch den monetären Berufserfolg und die faktische Einkommenshöhe zu honorieren scheint“ (Honneth 2013, S. 37).

Insofern die beschriebenen Dynamiken Ungleichheiten abseits der bisher legitimierten schaffen und als berechtigt wahrgenommene Ansprüche enttäuschen, laufen sie vielfach auf verstärktes Unrechtsempfinden und vermehrte Frustrationen als legitim erachteter Erwartungen hinaus. Diese lassen sich als politische Subjektivität deuten, also als „Rohstoff“

in den symbolischen und politischen Auseinandersetzungen, die wiederum bevorzugt von der extremen und populistischen politischen Rechten adressiert werden. Damit sind Parteien und Bewegungen gemeint, „die offensiv nationalistisch und rassistisch sind (Islamfeindlichkeit/Antiziganismus), die Vergabe wohlfahrtsstaatlicher Leistungen an ethnische Kriterien binden möchten („Wohlfahrtschauvinismus“), für die Verteidigung der nationalen Souveränität eintreten (in Bezug zum internationalen Regulierungsrahmen etwa der Europäischen Union) und schließlich populistische Kritik an den politischen Eliten und der repräsentativen Demokratie üben“ (Loch/Norocel 2015, Übersetzung J.F.). Trotz dieser Gemeinsamkeiten weist diese Gruppe von Parteien große innere Unterschiede auf. So reichen sie von populistischen, islamfeindlichen und EU-kritischen Parteien, wie in den Niederlanden, bis zu antisemitischen, rechtsextremen Parteien, die sich positiv auf den Nationalsozialismus beziehen, wie Jobbik in Ungarn (Hentges 2011).

Wie Kriesi (2012) anhand von sechs europäischen Ländern zeigt, haben die populistischen und extrem rechten Parteien ihre Positionen in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat gegen Ende des 20. Jahrhunderts deutlich verändert. Sie sprachen sich im Jahr 2000 deutlich stärker als 1990 für Sozialpolitik aus und schwächten im gleichen Zeitraum ihre Forderungen nach Budgetdisziplin und ökonomischer Liberalisierung ab. Auf diese Weise versuchen sie die zunehmende Verunsicherung und die Frustrationen über die Erosion der Anerkennungsordnungen für sich zu nutzen, ohne deswegen notwendigerweise in parlamentarischen Entscheidungen gegen die Schwächung des Sozialstaates zu stimmen. Die rhetorisch positive Haltung zum Wohlfahrtsstaat, die sich in der von der NDP oder der FPÖ verwendeten Selbstbeschreibung als „soziale Heimatpartei“ ausdrückt, enthält eine ausgrenzende, wohlfahrtschauvinistische Ausdeutung, insofern zugleich nationale und ethnische Präferenz sowie Ausgrenzung von Immigrant(inn)en eingefordert wird.

In der Regel stellt die extreme und populistische Rechte Schablonen für die Deutung der gesellschaftlichen Bedingungen sowie der eigenen Lebenssituation der Bürger/innen bereit und lenkt den durch die vielfachen Verwerfungen entstehenden Unmut zumeist in nationalistische und rassistische Bahnen. Grundlagen dafür sind keineswegs nur die in der neuen Arbeitswelt oder durch den Rückbau des Sozialstaates verletzte materiellen Interessen. Vielfach geht es – wie angedeutet – auch um den Verlust sozialer Wertschätzung im Zuge des Wandels von Anerkennungsordnungen. Im Folgenden soll illustriert werden, wie Veränderungen in der Erwerbsarbeit und in der sozialen Absicherung eine politische Subjektivität begünstigen, die empfänglich für die extreme und populistische Rechte ist. Im

Anschluss daran werden die durch die Krise seit 2008 und durch die Krisenpolitik hervorgerufenen Veränderungen diskutiert, welche in dieser Hinsicht zu einer Verschärfung der Situation führten.

2. Umbrüche in der Arbeitswelt und die extreme und populistische Rechte

Unter den vielfältigen politischen, ökonomischen und kulturellen Ursachen für die Unterstützung und Akzeptanz extrem rechter politischer Positionen und den von ihnen ausgehenden Taten sind die Bedingungen und Veränderungen in der Arbeitswelt und in der sozialen Absicherung von kaum zu überschätzender Bedeutung. Die Zusammenhänge sind allerdings vielfältig und komplex. Unsere eigenen Untersuchungen dazu in den 2000er Jahren haben gezeigt, dass zu einer von der extremen Rechten ansprechbaren politischen Subjektivität so unterschiedliche Bedingungen führen können wie die Entwertung bisheriger Anstrengungen, Leistungen und Opfer (etwa durch den Verlust oder die gestiegene Unsicherheit des Arbeitsplatzes) und das dadurch verletzte Gerechtigkeitsempfinden; die Überforderung von Frauen durch Doppelbelastung bei prekären Arbeitsbedingungen; die Enttäuschung durch Gewerkschaften und linke Parteien; die Verunsicherung und Abstiegsgefährdung bei relativ gut gestellten Arbeitnehmer(inne)n; die überzogene Identifikation mit dem Unternehmen und die Fixierung auf Leistung und Konkurrenz und viele andere Konstellationen (Hentges et al. 2008; Flecker 2007).

Zwei entscheidende Zusammenhänge lassen sich herausarbeiten (Flecker/Kirschenhofer 2007): *Erstens* sind Bedingungen und Entwicklungen zu nennen, die sich in materieller wie symbolischer Hinsicht nachteilig auf Arbeiter/innen und Angestellte auswirken.

Umstrukturierungen, Arbeitslosigkeit, steigender Leistungsdruck und die Verbreitung prekärer Arbeit schüren Abstiegsängste und lösen Unrechtsempfinden aus. Zudem wird Vielen – trotz ihrer Anstrengungen und Leistungen – die erwartete soziale Wertschätzung versagt. Dieses Bündel an Ursachen kann eine „konformistische Rebellion“ (Hentges/Meyer 2002) auslösen: Menschen lassen sich aufgrund von Interessenverletzungen, Frustrationen und Kränkungen gegen „das System“ mobilisieren, bleiben dabei aber den Ideologien der ökonomisch, kulturell und politisch Herrschenden verhaftet und zielen keineswegs auf eine Veränderung der Ungleichheit und der Machtverhältnisse zwischen den sozialen Klassen¹ ab.

¹ Der Klassenbegriff wird hier im Sinne von Bourdieu (1982) verwendet, wobei die am besten mit ökonomischem und kulturellem Kapital ausgestattete „herrschende Klasse“ auch als Eliten bezeichnet wird.

Zweitens haben viele Betroffene das Gefühl, dass sie die für sie nachteiligen Bedingungen und Entwicklungen nicht beeinflussen können, sondern ihnen ohnmächtig ausgesetzt sind. Diese Ohnmachtsgefühle bringen sie dazu, von „starken Männern“ – zunehmend auch Frauen – zu erwarten, dass sie es „denen da oben einmal ordentlich reinsagen“ und in der Politik „aufräumen“. Auf diese Weise führt ein Mangel an Demokratie, der gerade den von der ökonomischen und sozialen Krise am stärksten Betroffenen am wenigsten Einflussmöglichkeiten bietet, paradoxerweise zu einer Stärkung letztlich undemokratischer politischer Parteien und Bewegungen. Das hat mit der politischen Konstellation zu tun, die Crouch (2008, S. 10) als „Postdemokratie“ bezeichnet hat: Wahlkämpfe sind zu einem reinen Spektakel verkommen, weil die „reale Politik im Schatten dieser politischen Inszenierungen (...) hinter verschlossenen Türen gemacht (wird): von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“. Wie weiter unten auszuführen sein wird, hat sich diese Problematik in den letzten Jahren verschärft, insofern die europäische Politik die Krise zum Vorwand dafür nahm, zu versuchen stärker in die nationalstaatliche Politik einzugreifen und die sozialen Rechte der Arbeiter/innen und Angestellten auszuhöhlen, was in einigen Ländern auch gelang.

Auch wenn Bedingungen und Veränderungen in der Arbeitswelt gute Gründe für Unzufriedenheit auf Seiten derer abgeben, die davon nachteilig betroffen sind oder solche Nachteile befürchten, können daraus keine direkten Schlüsse auf die politischen Orientierungen gezogen werden. Denn die Betroffenheit sagt noch nichts darüber aus, wie diese Menschen die Situation verarbeiten, denn es sind sowohl „solidarisch-demokratische“ als auch „autoritär-ausgrenzende“ Reaktionen zu beobachten (Flecker 2007; Flecker/Kirschenhofer 2007). Das politische Angebot der extremen und populistischen Rechten kommt zumindest bei jenen, die keine gefestigten sozialistischen, sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen oder links-katholischen Orientierungen aufweisen, gut an, obwohl es meist keine machbaren Lösungen für die wahrgenommenen Probleme enthält. Vielmehr wird honoriert, dass die Problemlagen überhaupt angesprochen werden, auch wenn diese dabei teilweise in Richtung der von der extremen und populistischen Rechten propagierten „Lösungen“ verschoben werden.

Unsicherheit und Abstiegsängste stehen bei jenen im Vordergrund, die aufgrund von Benachteiligungen in der Gesellschaft nicht über genügend materielle, soziale und symbolische Ressourcen verfügen, um neue Bedrohungen bewältigen zu können. Zugleich erscheinen ihnen ihre Interessenvertreter/innen im Betrieb und die regional zuständigen

Politiker/innen als machtlos und daher nicht in der Lage, Sicherheit zu bieten. Sie erleben sich daher als Spielball benennbarer oder auch anonymen Mächte. Ein von uns in einer jüngeren Untersuchung (Flecker et al. 2014) interviewter Briefträger fühlt sich von den Veränderungen bei der Post, insbesondere von Personalabbau und gestiegenem Zeitdruck, bedroht: „Die warten nur, bis du einen Fehler machst und dann werfen sie dich raus. Dann kommt ein anderer, der um die Hälfte billiger arbeitet und das sind die Ausländer, meistens.“

Der Hintergrund dieser Aussage ist, dass das Unternehmen seit seiner Privatisierung keine Beschäftigungssicherheit mehr garantiert und sich sogar die Beschäftigten im Beamtenstatus zunehmend unsicher fühlen. Aus der Perspektive des Briefträgers wurde damit ein Versprechen gebrochen, das ihn ursprünglich dazu motivierte, zur Post zu gehen. Zudem deutet er an, dass er in Konkurrenz zu migrantischen Arbeitskräften gesetzt wird, denen von vornherein das Recht auf angemessene Bezahlung versagt wird. Von dieser Problemwahrnehmung ist es nicht weit zu den Botschaften der extremen Rechten, die sowohl auf das Vorenthalten von Belohnungen für hart arbeitende Menschen als auch auf eine Bedrohung durch „Ausländer“ abstellen.

Freilich wirken diese Botschaften auf doppelte Weise: Sie bieten nicht nur scheinbar einfache Lösungen für aktuelle Problemlagen, sondern prägen auch schon von vornherein die individuellen Wahrnehmungen und Deutungen der Probleme selbst. Für die Bundesrepublik zeigen Untersuchungen, dass die Verunsicherung und ihre ausgrenzend-autoritäre Verarbeitung in der gesellschaftlichen Mitte der relativ Gesicherten angekommen sind. So weisen Personen ohne Arbeitslosigkeitsepisoden häufiger chauvinistische, ausländerfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen auf als Personen, die bisher einmal arbeitslos waren. Bei häufigerer Arbeitslosigkeit finden sich diesbezüglich höhere Werte (Decker et al. 2012).

Die populistische und extreme Rechte spricht die Unsicherheit und die Abstiegsängste meist indirekt an und bietet als „Lösungen“ insbesondere rückwärtsgewandte politische Utopien und die nationale Präferenz an, also die Bevorzugung der „Inländer/innen“. Haben die Befürchtungen mit dem Rückbau des Sozialstaates zu tun, so ist der Wohlfahrtschauvinismus, also die Beschränkung der Sozialausgaben auf die zu bevorzugende Gruppe, die entsprechende Antwort. Das Gefühl der Machtlosigkeit wird mit der Darstellung des Volkes als passives Opfer übermächtiger Gegner adressiert. Bei Letzteren handelt es sich je nach Partei und Land um die „betrügerischen politischen Eliten“ (der anderen Parteien), um „die Europäische Union“, um „das (jüdische) Finanzkapital der amerikanischen Ostküste“, um „die Juden, Sinti und Roma“ oder andere als Feindbilder auserkorene soziale Gruppen oder

Institutionen. Und es werden Identifikationsmöglichkeiten mit Politiker/innen geboten, die sich den Eliten mit einem rebellischen Gestus entgegenstellen, auch wenn sie selbst meist den privilegierten sozialen Klassen angehören und in der Sachpolitik deren Interessen befördern. Insofern bleiben Ungleichheit und Machtverhältnisse zwischen den sozialen Klassen, was den Inhalt der Politik betrifft, unangetastet. Vielmehr lenkt die populistische und extreme Rechte von den Verursachern und Nutznießern der Prekarisierung der Arbeit ab, während es ihr gelingt, daraus politisch recht nachhaltig Vorteile zu ziehen.

Nun wäre es verfehlt anzunehmen, dass die Wähler/innen dieses Spiel nicht durchschauten. Nur wenige dürften sich wirklich Lösungen für ihre Probleme von den Rechtspopulisten und -extremisten erwarten. Doch insofern ihre Stimme bei der Wahl ihr einziges Mittel bleibt, Einfluss auf die politische Entwicklung zu nehmen, sind sie angehalten, dieses wirkungsvoll einzusetzen. Und das tun sie entsprechend ihrer Kalkulation dadurch, dass sie jene wählen, die das Establishment am stärksten angreifen und auf die das Establishment am empfindlichsten reagiert. So formulierte es ein französischer Eisenbahner in Pension und Le Pen-Wähler (Balazs et al. 2007): „Wenn du deinen Nachbarn schrecken willst, kaufst du einen großen Hund. Dann kommt der Nachbar nicht und nervt dich. Aber wenn du nichts tust und lässt ihn machen, was er will, dann hält er dich für einen Idioten. Genauso ist es mit einer solchen Stimme bei der Wahl. Ja, Le Pen wird sehr rechts sein. Er ist für die Chefs.“ Obwohl sie nicht der Illusion erliegen, von der extremen Rechten vertreten zu werden, verbinden sie mit diesem Wahlverhalten die Erwartung, dass sich die Eliten weniger leicht über die angesprochenen Probleme hinwegsetzen und zur Tagesordnung übergehen können.

Diese Erklärungen für die Attraktivität der extremen Rechten werden durch aktuelle Befunde bestätigt. So zeigen erste Analysen der PEGIDA-Bewegung, dass auch hier neben der vordergründigen, gegen den Islam gerichteten Identitätspolitik Angst vor sozialem Abstieg und sozialer Marginalisierung eine wichtige Motivation dafür ist, sich bei PEGIDA zu engagieren. Dazu kommt ein deutlicher Vertrauensverlust in die Demokratie und die politischen Institutionen, wie Parteien, Parlament und Regierung (Hentges 2016). Die europäische Krise seit 2008 hat nicht nur die eingangs geschilderten Problemlagen deutlich verschärft, sie und insbesondere die Krisenpolitik haben auch dazu beigetragen, dass die extreme und populistische Rechte heute in Europa deutlich stärker ist als noch vor zehn Jahren, wie sich an den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament ablesen lässt (Hentges 2011; Europäisches Parlament 2014 a). So erreichten der französische Front National bei der letzten Europawahl im Jahr 2014 mit 25 % der Stimmen (nach 6 % bei der

Wahl 2009 und 10 % 2004), die britische UKIP mit 28 % (nach 16,5 % 2009 und 16 % 2004) und die Dansk Folkeparti mit 27 % (nach 15 % 2009 und 6,8 % 2004) in ihrem Land die relative Mehrheit. Die Freiheitliche Partei Österreichs bekam 19 % der Stimmen (nach 13 % 2009 und 6 % 2004) und verdoppelte damit zuletzt die Zahl ihrer Mandate. Die Alternative für Deutschland trat 2014 erstmals an und errang 7 %, und die rechtsextreme griechische Partei Goldene Morgenröte zog 2014 mit 9 % der Stimmen in das Europäische Parlament ein. Nicht zuletzt dürfte die Krisenpolitik als Lehrbeispiel für „Postdemokratie“ den Vertrauensverlust in demokratische Institutionen beschleunigt, das Misstrauen in die Eliten verstärkt sowie die Voraussetzungen für Wohlfahrtschauvinismus noch weiter vermehrt haben. Aus diesen Gründen wenden wir uns nun den Folgen der Krise und den Maßnahmen der Krisenpolitik zu.

3. Krise und Krisenpolitik

Die von der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 ausgelöste Wirtschaftskrise ist auch heute noch nicht überwunden. In elf Mitgliedsstaaten – von Griechenland, Spanien und Italien bis zu Irland und dem Vereinigten Königreich – lag das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 noch immer unter dem des Jahres 2007 (Eurostat 2015 a). Die nach einer kurzen keynesianischen Phase einsetzende Austeritätspolitik hat die volkswirtschaftlichen Problemlagen in den meisten Ländern noch deutlich vertieft (Lehndorff 2014). Die sich daraus ergebenden sozialen und politischen Krisenerscheinungen verschärften die eben angesprochenen Problemlagen, insbesondere die Unsicherheit, die Abstiegsgefährdung und die (politische) Machtlosigkeit, erheblich. So ist die Arbeitslosigkeit deutlich angestiegen und wird über Jahre nicht nachhaltig gesenkt werden können, auch wenn sich die Lage in den Mitgliedsstaaten der EU sehr unterschiedlich darstellt: Während die Arbeitslosenrate in Griechenland und Spanien im Jahr 2012 die Schwelle von 25 % erreichte und mehr als die Hälfte der jungen Menschen in diesen Ländern keinen Job findet (Eurostat 2013), ist die Arbeitslosigkeit in Österreich erst in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen und hat nun mit 6 % nach der Eurostat-Methode den höchsten Wert seit den frühen 1950er Jahren erreicht (Eurostat 2015 b). In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit wegen des schrumpfenden Arbeitskräfteangebots hingegen seit 2010 zurückgegangen. In der Eurozone insgesamt lag die Arbeitslosenrate im Mai 2015 bei nicht weniger als 11,1 % (Eurostat 2015 b).

In unserem Zusammenhang ist jedoch nicht nur das von Land zu Land sehr unterschiedliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit relevant, sondern auch die Verschlechterung in den Beschäftigungsbedingungen in Richtung Niedriglöhne und hoher Unsicherheit, also die weitere Prekarisierung der Arbeit. Eine wichtige Rolle spielt dabei der öffentliche Sektor, der bisher nicht nur hohe Beschäftigungssicherheit zu günstigen Bedingungen bot, sondern als stabiler Kern der Arbeitsgesellschaft auch auf die Privatwirtschaft ausstrahlte (Vogel 2009). Die aktuelle Sparpolitik beschleunigt die Prozesse der Auslagerungen, der Abänderung von Kollektivverträgen, des Personalabbaus und der Vergabe unsicherer Beschäftigungsverhältnisse (Vaughan-Whitehead 2013). Vor dem Hintergrund der bisherigen Beschäftigungsstabilität und der sozialen Zielen verpflichteten Beschäftigungspolitik im öffentlichen Sektor sind die Veränderungen dort besonders stark zu spüren und enttäuschen die mit dem Eintritt in den öffentlichen Dienst verbundenen Erwartungen in besonders hohem Maße.

Die in Staatsschulden verwandelten Defizite der Banken grenzen die Möglichkeiten der Nationalstaaten stark ein, Beschäftigungspolitik zu betreiben und der Unsicherheit auf den Arbeitsmärkten sozialpolitisch abzufangen. Dadurch wird der Eindruck der Machtlosigkeit der Politik verstärkt. Zugleich trifft der Befund der „Postdemokratie“ umso mehr zu, wie die Einführung der *European Economic Governance* eindrücklich zeigt. Die Zielsetzung der im Jahr 2011 unter diesem Titel eingeführten Verfahren zur Vermeidung wirtschaftlicher Ungleichgewichte ist die Durchsetzung der Sparpolitik und „struktureller Reformen“ in den Mitgliedsstaaten (Hermann 2015). Finanzielle Sanktionen sollen die Erreichung vorgegebener ökonomischer Indikatoren sicherstellen. Damit greift die Europäische Union deutlich stärker in die nationalstaatliche Politik ein als bisher. Auch das „europäische Semester“ dient dazu, die in Budgetentwürfe gegossenen politischen Vorhaben der Mitgliedstaaten zu beurteilen, bevor diese die nationalen Parlamente erreichen. Die Demokratie in den Mitgliedstaaten wird entsprechend auf ein marktkonformes Niveau zurückgeschraubt, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel (2011) anschaulich beschrieben hat: „Wir leben ja in einer Demokratie (...). Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“

Darüber hinaus wird die Lohnpolitik trotz der auf nationalstaatlicher wie europäischer Ebene verbrieften Kollektivvertragsfreiheit in die Koordinierung einbezogen (Schulten/Müller

2013): Die „erlaubten“ Lohnerhöhungen wurden nach oben mit 9 % im Dreijahresdurchschnitt begrenzt – nicht jedoch nach unten, obwohl es die niedrigen Lohnerhöhungen in Deutschland und Österreich waren, die maßgeblich zu den Ungleichgewichten in der Europäischen Union bzw. in der Eurozone beigetragen haben. Insgesamt beruhen die gegenüber den Mitgliedstaaten durchgesetzten Maßnahmen auf einem einseitig neoliberalen Verständnis der Problemlagen, obwohl sich längst gezeigt hat, dass diese Politik die Krise und ihre Folgen verschlimmert hat – statt sie zu mildern (Lehndorff 2012).

Die Auswirkungen der verstärkten Interventionen in die Politik und in die Arbeitsbeziehungen der Mitgliedstaaten sind in jenen Ländern am deutlichsten zu erkennen, die unter den direkten Einfluss der „Troika“ aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds geraten sind. In Ländern wie Griechenland, Lettland, Rumänien und Portugal wurden nicht nur die Einkommen im öffentlichen Dienst reduziert und eingefroren, um die Staatsausgaben zu senken, sondern auch die Mindestlöhne in der Privatwirtschaft gekürzt oder nicht mehr angepasst (Hermann/Hinrichs 2012). In Griechenland war der Mindestlohn regelmäßig auf nationaler Ebene von den Dachverbänden der Gewerkschaften und den Arbeitgeber(inne)n verhandelt worden. Auf Druck der „Troika“ missachtete die Regierung den gemeinsamen Willen von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften und setzte kurzerhand den entsprechenden nationalen Kollektivvertrag außer Kraft. Anstatt einer Inflationsanpassung verordnete die Regierung eine 22 %-ige Reduktion der Mindestlöhne, die Anfang 2012 in Kraft trat. Im Falle von Beschäftigten bis 25 Jahre belief sich die Kürzung sogar auf 31 %, wodurch der niedrigste Mindestmonatslohn von 741 Euro auf 585 Euro fiel (Georgiadou 2012, S. 1). Der Europarat verurteilte die Senkung des Mindestlohns als Verstoß gegen die Europäische Sozialcharta, weil dieser in der Folge unter der Armutsgrenze von 580 Euro im Monat lag (Hermann/Hinrichs 2012, S. 10).

In einer Entschließung vom März 2014 stellte das Europäische Parlament zu den Interventionen der „Troika“ in vier sogenannten Krisenstaaten fest: „Die verhängten Auflagen stellen eine Bedrohung der sozialen Ziele der Europäischen Union dar.“ Von der Absenkung des Mindestlohns, von den Pensionskürzungen, dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen und der Deregulierung des Arbeitsmarktes waren vor allem benachteiligte Bevölkerungsgruppen betroffen (Europäisches Parlament 2014 b).

In diesem „neuen europäischen Interventionismus“ (Schulten/Müller 2013) wird zudem auf eine Schwächung und Dezentralisierung kollektivvertraglicher Verhandlungssysteme in der

Privatwirtschaft gedrängt, während die Lohnfindung im öffentlichen Sektor stärker einer einseitigen Bestimmung durch die Regierungen unterworfen wird (Allinger et al. 2014). In den Rechtfertigungen der Maßnahmen werden die soziale Rechte der Arbeiter/innen und Angestellten, wie Mindestlöhne oder Kündigungsschutzbestimmungen, die ihnen ein Mindestmaß an Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt bieten, als „Rigiditäten“ dargestellt, die mitverantwortlich für die Arbeitslosigkeit seien. Gegen sie müsse mit „strukturellen Reformen“ vorgegangen werden. Ein explizites Ziel der Politik ist es auch, den Entscheidungsspielraum für die Unternehmen auszuweiten und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen. So nennt der Bericht über “Labour Market Developments in Europe 2012“ der Generaldirektion ECFIN der Europäischen Kommission folgende Zielsetzungen für „beschäftigungsfreundliche Reformen“: Reduzierung der Generosität in der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld, Bezugsdauer usw.), Abbau des Kündigungsschutzes, Erhöhung des Renteneintrittsalters, Dezentralisierung der Tarifverhandlungen, Aufhebung des Günstigkeitsprinzips, Reduzierung der Tarifbindung und „allgemeine Reduzierung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften“ (European Commission 2012, 103 f., zitiert nach Schulten/Müller 2013, S. 187).

Am Beispiel von Spanien und Irland ist am deutlichsten zu erkennen, wie paradox die Krisenreaktionen sind und wie verständlich die Empörung ist, die sie auslösen. Das Unglück nahm in beiden Fällen mit dem Entstehen und Platzen spekulativer Immobilienblasen seinen Anfang. Vielfach stammte das Kapital aus Deutschland, wo wegen der gestiegenen Ungleichheit nicht zuletzt aufgrund des stark angewachsenen Niedriglohnssektors immer größere Gewinne entstanden, für die Veranlagungen gesucht wurden (Lehndorff 2013). Mit dem Platzen der Blasen gerieten die Banken und Sparkassen in Irland und Spanien in gravierende Schwierigkeiten, wurden aber jeweils vom Staat aufgefangen, der sich dafür enorm verschuldete – während die Staatsverschuldung sowohl in Spanien als auch in Irland vor der Krise deutlich niedriger als in Deutschland und Österreich gewesen war (Lehndorff 2013, S. 10). So konnten die spekulativen Veranlagungen etwa nach Deutschland zurückgezahlt werden, jedoch auf Kosten der spanischen und irischen Steuerzahler/innen, Arbeitnehmer/innen und Arbeitslosen. Zugleich nutzte man die Gunst der Stunde, um auch im Privatsektor Mindestlöhne zu senken und den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, obwohl dies mit der staatlichen Verschuldung nichts zu tun hatte. Letztlich ergibt sich daraus eine beträchtliche Erhöhung der sozialen Ungleichheit, die eigentlich eine der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise war. Und die wirtschaftlichen Probleme werden dadurch keineswegs gemildert, sondern noch deutlich verschärft, wie sich daran zeigt, dass viele

Länder noch immer nicht das Vorkrisenniveau an Wirtschaftsleistung erreicht haben und in einigen Mitgliedstaaten von einer anhaltenden wirtschaftlichen Krise gesprochen werden kann (Lehndorff 2014). In Griechenland, das externen Interventionen am stärksten ausgesetzt ist, sank das Bruttoinlandprodukt pro Kopf von 21.600 Euro im Jahr 2008 auf 16.300 Euro im Jahr 2014, also auf 75 % (Eurostat 2015).

Die Interventionen vertieften und verlängerten nicht nur die wirtschaftliche Krise Griechenlands, sie verschärften auch die soziale und humanitäre Krise noch weiter, die mit einem solchen Rückgang der Wirtschaftsleistung und stark steigenden Arbeitslosigkeit ohnehin verbunden waren. Die Höhe des Arbeitslosengeldes wurde auf 360 Euro pro Monat, die Bezugsdauer auf 400 Tage in vier Jahren gekürzt (Chasoglou 2015). Aufgrund der sehr hohen Langzeitarbeitslosigkeit bekommt nur mehr eine Minderheit der Arbeitslosen eine staatliche finanzielle Unterstützung. Ihre Lebenslage wird noch dadurch verschlimmert, dass Arbeitslose maximal zwei Jahre krankenversichert sind. Entsprechend hoch ist die Zahl derer, die ihren Krankenversicherungsschutz verloren haben. Sie wurde vom Arbeitsministerium 2014 auf 2 Millionen Personen geschätzt (Economou et al. 2014, S. 16). Mit einem Programm zur Ausgabe von „Gesundheitsgutscheinen“ sollte diese humanitäre Krise entschärft und eine Gesundheitsversorgung für 230.000 Bürger/innen angeboten werden. Doch diese Gutscheine haben nur eine Gültigkeitsdauer von vier Monaten und können nicht verlängert werden (Economou et al. 2014, S. 16). Der Rückbau des Wohlfahrtsstaates betraf eine Reihe weiterer Maßnahmen – von den Kürzungen der Pensionen bis zum Personalabbau im Gesundheits- und Bildungssystem. Trotz der sozialen und humanitären Krise sanken die Sozialausgaben, allein im Jahr 2010 um 9,6 % (Karamessini 2014). Dies entspricht dem Ziel der Interventionen, denn in „Anpassungsprogramm“ und „Haushaltsstrategie“ war vereinbart worden, die Transferleistungen von 20,8 % des BIP im Jahr 2009 auf 17,3 % im Jahr 2015 zu senken (Karamessini 2014, S. 96).

Insgesamt bedeutet die Politik der Kürzung von Sozialleistungen, der Rückbau öffentlicher Dienstleistungen, die Einschränkung der sozialen Rechte der Arbeitnehmer/innen sowie die Schwächung ihrer Interessenvertretungen einen „Abriss des Wohlfahrtsstaates“ und eine entsprechende Kommodifizierung der Arbeitskraft (Chasoglou 2015). Die Bürger/innen können nur überleben, wenn sie Erwerbsarbeit haben oder von ihren Familien oder von solidarischen Initiativen unterstützt werden. Diese Situation ist nicht auf Griechenland beschränkt. In einem Überblick über den kriseninduzierten Wandel europäischer Wohlfahrtsstaaten zeigen Bieling und Buhr (2015, S. 340 ff.) auf, dass auch in Spanien und

Portugal eine „autoritär technokratische Durchsetzung eines radikalisierten neoliberalen Paradigmas“ festgestellt werden kann.

Was bedeuten die Schwächung und im Fall der drei südeuropäischen Länder Abschaffung des europäischen Sozialmodells für die politischen Subjektivitäten der Bürger/innen und insbesondere die Attraktivität der extremen und populistischen Rechten in Europa? Nach den im vorigen Abschnitt dargestellten Analysen sind diese Dynamiken geeignet, die extreme und die populistische Rechte weiter zu stärken. Die globale Finanzkrise und die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone wurden in Probleme der Nationalstaaten transformiert oder als solche ausgegeben. Zugleich setzten die Bankenrettung und die Krisenpolitik eine umfangreiche Umverteilung nach oben in Gang. In den politischen Auseinandersetzungen über die europäische Wirtschaftskrise und die Schwierigkeiten in der Eurozone nehmen nationalistische Töne überhand. Auch Debatten über die Sozial- und Asylpolitik sind zunehmend von Positionen geprägt, die zunächst von der extremen Rechten propagiert wurden, inzwischen aber in der politischen Mitte angekommen sind (Butterwegge et al. 2002). In einigen Ländern, wie in Ungarn oder Norwegen, sind rechtspopulistische Parteien bereits an der Regierung oder daran beteiligt, in anderen, wie in Dänemark oder Bulgarien, unterstützen extreme oder populistische rechte Parteien die Regierung. Die stärker nationalistische und autoritäre Ausrichtung europäischer Politik verstärkt wiederum die Tendenz, die europäischen Wirtschafts- und Finanzkrisen in Verfehlungen einzelner Länder umzudeuten, nationale Interessen in den Vordergrund zu rücken und autoritäre Interventionen zulasten der Bevölkerung der sogenannten Krisenstaaten durchzusetzen. Von den Folgen dieses Programms – Arbeitslosigkeit, Armut, schlechtere soziale Absicherung – profitieren in den betroffenen Ländern häufig die extrem rechten und populistischen Parteien, denen es gelingt, die Unzufriedenheit auf Sündenböcke wie Flüchtlinge, Migrant(inn)en oder Sozialhilfeempfänger/innen umzulenken. In den nicht in diesem Ausmaß von der Krise betroffenen Ländern spielt die Dynamik der extremen und populistischen Rechten insofern in die Hände, als die europäische Krisenpolitik nationalistische und wohlfahrtschauvinistische Orientierungen bestätigt und verstärkt.

Doch die Wirkungen der Krisen und der Krisenpolitik werden von den Betroffenen nicht nur ausgrenzend-autoritär verarbeitet. Eine Stärkung der extremen und populistischen Rechten ist also keine notwendige Folge. So sind in Spanien und Griechenland starke soziale und Protestbewegungen entstanden, die versuchen, der weitverbreiteten Empörung Ausdruck zu verleihen, die Not der am stärksten Betroffenen zu lindern, gegenseitig Unterstützung zu

leisten, die solidarische Ökonomie auszubauen und neue Formen der Demokratie zu erproben (Mittendrein 2013; Fried/Genschel 2013; Simsa/del Mar Galvez Rodriguez 2014). Die von ihnen gebildeten oder unterstützten Parteien, wie Podemos in Spanien und SYRIZA in Griechenland, konnten inzwischen Wahlerfolge feiern. Doch ihre Chancen dürften gering sein, die „postdemokratischen“ Bedingungen umzukehren. Denn dem europäischen Interventionismus stehen in den unter Kuratel gestellten Mitgliedstaaten auch Mehrheiten in der Bevölkerung machtlos gegenüber, wie sich sehr deutlich an dem von Kritikern im Internet als „Staatsstreich“ apostrophierten Diktat der Bedingungen für das dritte „Hilfspaket“ für Griechenland durch den Europäischen Rat insbesondere auf Druck Deutschlands im Juli 2015 zeigte.

4. Europäisches Sozialmodell und Solidarität in Europa

Der Abbau sozialer Rechte und die Aushöhlung der kollektiven Arbeitsbeziehungen haben den Warencharakter der Arbeitskraft wieder stärker hervortreten lassen und zu teils gravierender sozialer Verletzlichkeit der Bürger/innen insbesondere in den sogenannten Krisenländern geführt. Damit wurde die in Form des europäischen Sozialmodells auf der Ebene des Nationalstaates institutionalisierte Solidarität in vielen Ländern erheblich geschwächt und in Griechenland inzwischen vollständig abgeschafft. Auslöser und zugleich Vorwand für diesen umfassenden Eingriff in das soziale Eigentum (Castel) waren zum einen die in eine Staatsschuldenkrise verwandelte Krise des internationalen Finanzwesens, zum anderen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum. In der Wahrnehmung der Bürger/innen bedeuten diese Entwicklung trotz aller ideologischer Vorbereitung und Rechtfertigung Vertrauensbrüche und Verletzungen der Norm der Gegenseitigkeit, die wiederum häufig als Grund für die Empfänglichkeit für Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ausgemacht werden können. Die Ursache dafür sieht Taylor (2002) in der Spannung zwischen Demokratie und Kapitalismus: Während die Demokratie Solidarität einfordert und an den Bürgersinn appelliert, verlangen die kapitalistischen Rahmenbedingungen, Reziprozität und Vertrauen außer Kraft zu setzen und den Marktbewegungen und dem Profitmotiv freien Raum zu gewähren. Letzteres untergräbt jedoch die Legitimität demokratischer Herrschaftsformen.

Daraus schlägt die extreme und populistische Rechte Kapital. Insbesondere die in ihrer Eigendefinition neuen „sozialen Heimatparteien“ können auch den Unmut über Sozialabbau und Entsolidarisierung für sich nutzen. Auch wenn ethnische und nationale Ausgrenzung

sowie Abgrenzung nach unten („Sozialschmarotzer“) dabei im Vordergrund stehen, muss man anerkennen, dass auch diese Parteien und Bewegungen an Solidarität appellieren und diese einfordern. Allerdings definieren sie dabei die Solidargemeinschaft in der Regel anders als Parteien des politisch linken Spektrums, womit an die historische Gegenüberstellung von „Volksgemeinschaft“ und „Nation“ einerseits und „Klasse“ andererseits (Sternø 2004) angeknüpft wird.

Häufig wird in Europa ein Rückfall in überwunden geglaubte Nationalismen beklagt. Allerdings wurde der Nationalstaat seit dem 19. Jahrhundert als Solidargemeinschaft hoch gehalten, und die institutionalisierte Solidarität des Sozialstaates ist auch in der Europäischen Union an die Nationalstaaten gebunden. Insofern lässt sich hier ein grundlegender Widerspruch zwischen der Schwäche der sozialen Dimension der europäischen Integration und dem Appell an europaweite Solidarität ausmachen. Im aktuellen Krisendiskurs greifen Politiker/innen sowie Massenmedien gerne auf nationalstaatliche Interessen und Stereotypen zurück. Damit wird jener Nationalismus genährt, den man in Sonntagsreden dann gerne wieder verteufelt. Die Entwicklung einer europäischen Identität im Sinne von transnationaler europäischer Solidarität müsste sich demgegenüber auf die „alte Agenda von Inklusion und Wohlfahrt“, also einen haltbaren europäischen Sozialvertrag stützen können (Kohli 2000). Tatsächlich hat die soziale Integration und die Herausbildung von Gegenseitigkeit aber mit der Entwicklung supranationaler Interdependenzen nicht Schritt gehalten (Offe 2004). Angesichts des Steuerwettbewerbs und der Spirale nach unten in den mit dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit reformierten Beschäftigungsmodellen ist ein Europäisches Sozialmodell der Zukunft nur als transnationale institutionalisierte Solidarität auf europäischer Ebene vorstellbar. Eine gesamteuropäische Arbeitslosenversicherung wäre ein erster Schritt.

Im Gegensatz dazu propagiert die extreme und populistische Rechte in Reaktion auf die Folgewirkungen der ökonomischen Integration sowie der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise die Stärkung national oder ethnisch definierter bzw. imaginiertes Gemeinschaften. Konservative und sozialdemokratische Parteien greifen fremdenfeindliche bzw. rassistische Positionen in ihrer oft erbarmungswürdigen politischen Hilflosigkeit auf. Zuletzt war dies etwa bei den dänischen Parlamentswahlen im Jahr 2015 einmal mehr von Misserfolg gekrönt: Die fremdenfeindlichen Slogans der Sozialdemokraten haben ihre Wahlniederlage und den weiteren Aufstieg der Rechtspopulisten nicht verhindert – ganz im Gegenteil. Damit geht der Sozialdemokratie aber auch Terrain in der symbolischen

Auseinandersetzung um die gegensätzlichen Formen der Solidarität verloren. Die bei passenden Feierlichkeiten oder Gedenktagen beschworene Klassen-, internationale oder universale Solidarität wird ständig durch die Zugeständnisse an das „volksgemeinschaftliche“ und nationalistische Solidaritätsverständnis konterkariert und damit bis zur Unkenntlichkeit verwaschen. Die Auseinandersetzung im Jahr 2015 um die Bankenkrise und die drohende Zahlungsunfähigkeit des Staates in Griechenland zeigte insbesondere in Deutschland sehr deutlich, wie Boulevardmedien, Regierungen und extreme Rechte gemeinsam nationalistische Ressentiments mobilisierten und so die europäischen Krisen in eine Verfehlung eines Mitgliedsstaates umdeuteten, für die es entsprechende autoritäre Antworten braucht. Den europäischen Gewerkschaften ist es in den letzten Jahren nicht einmal gelungen, transnationale Solidarität zur Verhinderung des Abbaus von Arbeitnehmerrechten und der faktischen Abschaffung der überbetrieblichen Lohnfindung zum Ausdruck zu bringen.

Dagegen konnten die sozialen Bewegungen in Griechenland und insbesondere in Spanien durch Protest und praktische gegenseitige Unterstützung die inklusive, staatsbürgerschaftliche Solidarität in den letzten Jahren erheblich stärken. Soziale Bewegungen sind in Europa auch auf transnationaler Ebene aktiv und wirken so der neuen Welle des Nationalismus entgegen. Wie in Zukunft „Wir“ und „die Anderen“ innerhalb Europas und – gerade angesichts der Flüchtlingskrise – darüber hinaus definiert werden, wem gegenüber eine gegenseitige Verpflichtung zur Hilfeleistung in Notsituationen besteht und wer Zugang zu den Leistungen des Sozialstaates bekommt – diese Fragen zum europäischen Sozialmodell sind nicht nur für die weitere Entwicklung des europäischen Integrationsprojekts entscheidend, sie betreffen im Kern auch den aufhaltsamen Aufstieg der extremen und populistischen Rechten innerhalb Europas.

Literatur:

Allinger, Bernadette/Flecker, Jörg/Hermann, Christoph (2014). Das Ende der Pfadabhängigkeit? Umwälzungen in den industriellen Beziehungen seit der Krise. In: Sozialer Fortschritt. German Review of Social Policy, 63(1-2), 7- 13

Balacz, Gabrielle/Faguer, Jean-Pierre/Rimbert, Pierre (2007). Widespread competition and Political Conversions. In: Flecker, Jörg (ed.) (2007). Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right, Aldershot: Ashgate, 165-188

Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hrsg.) (2015). Europäische Welten in der Krise – Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Frankfurt a.M.: Campus

- Bourdieu, Pierre (1982). Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Butterwegge, Christoph et al. (2002). Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen: Leske & Budrich
- Castel, Robert (2000). Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: UVK
- Chasoglou, Jannis (2015). Griechenland: Umbau oder Abriss des Wohlfahrtsstaates? In: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hrsg.) (2015). Europäische Welten in der Krise – Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Frankfurt a.M.: Campus, 243-272
- Crouch, Colin (2008). Postdemokratie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Decker, Oliver/Johannes Kiess/Elmar Brähler (2012). Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Berlin: Dietz
- Economou, Charalampos/Kaitelidou, Daphne/Kentikelenis, Alexander/Sissouras Aris/Maresso, Anna (2014). The impact of the financial crisis on the health system and health in Greece, Copenhagen: World Health Organization
- Esping-Andersen, Gøsta (2012, 1989). Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. In: Borchert, J., Lessenich, St. (Hrsg.): Der Vergleich in den Sozialwissenschaften. Staat – Kapitalismus – Demokratie, Frankfurt a.M. und New York: Campus, 343 –372
- Europäisches Parlament (2014a). Ergebnisse der Europawahl 2014
<http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2009.html>
 (Zugriff am 29.8.2012)
- Europäisches Parlament (2014b). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2014 zu den beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekten der Rolle und der Tätigkeiten der Troika (EZB, Kommission und IWF) in Bezug auf Programmländer des Euro-Währungsgebiets (2014/2007(INI)), Brüssel
- Eurostat (2013). Statistiken
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/main_tables
 (Zugriff am 29.8.2012)
- Eurostat (2015 a). Gross domestic product at market prices
<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=tec00001>
 (Zugriff am 29.8.2012)
- Eurostat (2015 b). Statistics explained. Unemployment rates, seasonally adjusted, June 2015
http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Unemployment_rates,_seasonally_adjusted,_June_2015.png
 (Zugriff am 29.8.2012)
- Flecker, Jörg (ed.) (2007). Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right, Aldershot: Ashgate
- Flecker, Jörg/ Kirschenhofer, Sabine (2007). Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs, Berlin: edition sigma
- Flecker, Jörg/Schultheis, Franz/Vogel, Berthold (Hg.) (2014). Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten, Berlin: edition sigma
- Fried, Barbara/Genschel, Corinna (2013). Interview: Europa von unten. Gespräch über lokale Kämpfe und transnationale Perspektiven. Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und Linke Praxis 3/4, 22–32

- Georgiadou, Penny (2012). Troika approves new set of changes in jobs and pay. Eironline: http://www.eurofound.europa.eu/eiro/2012/03/articles/gr1203019i.htm?utm_source=Greece&utm_medium=RSS&utm_campaign=RSS
(Zugriff am 18.8.2015)
- Heise, Arne/Lierse, Hanna (2011). Wirtschaftskrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 37 (2), 201-230
- Hentges, Gudrun (2011). Die extreme Rechte in Europa. Zwischen niederländischem Rechtspopulismus und ungarischem Rechtsextremismus. In: Hentges, G., Platzer, H.-W. (Hg.). *Europa - Quo Vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 235–276
- Hentges, Gudrun (2016). Pegida – Deus Ex Machina? In: Karim Fereidooni / Meral El (Hg.), (Trans)Nationale Rassismuskritik: Interdependenz rassistischer Phänomene und Widerstandsformen, Wiesbaden (im Erscheinen)
- Hentges, Gudrun/Flecker, Jörg/Balazs, Gabrielle (2008). Potentiale politischer Subjektivität und Wege zur extremen Rechten. In: Butterwegge, Christoph/Gudrun Hentges (Hg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut*, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 103-141
- Hentges, Gudrun/ Meyer, Malte-Henning (2002). Right-wing extremist attitudes in Germany – consequences of competitive nationalism and neoliberalism, SIREN country report, Köln
- Hermann, Christoph (2015). Strukturelle Reformen in Europa: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Wien: Arbeiterkammer Wien
- Hermann, Christoph/Hofbauer, Ines (2007). The European Social Model: Between Competitive Modernisation and Neoliberal Resistance. In: *Capital and Class* 93, 125-140.
- Hermann, Christoph/Mahnkopf, Birgit (2010): Still a future for the European Social Model? *Global Labour Journal* 1(3), 314-330
- Hermann, Christoph/Flecker, Jörg (Hg.) (2012). *Privatization of Public Services. Impacts for Employment, Working Conditions, and Service Quality in Europe*, New York: Routledge
- Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl (2012). *Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick*, Wien: FORBA/Arbeiterkammer Wien
- Honneth, Axel (2013). Verwilderungen des sozialen Konflikts. Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Axel Honneth, Ophelia Lindemann und Stephan Voswinkel (Hg.): *Strukturwandel der Anerkennung. Paradoxien sozialer Integration in der Gegenwart*. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 17-40
- Hyman, Richard (2005). Trade unions and the politics of the European social model. In: *Economic and Industrial Democracy* 26 (1), 9-40
- Karamessini, M. (2014). Die griechische Tragödie. Neoliberale Radikalkur in einer Währungsunion des Gegeneinander. In: Lehndorff, Stephen (Hg.). *Spaltende Integration*, Hamburg: VSA, 81-108
- Kohli, Martin (2000). The Battlegrounds of European Identity. In: *European Societies* 2 (2), 113–37
- Kriesi, Hanspeter (2012): Restructuring the national political space: the supply side of national electoral politics. In: Kriesi, H., Grande, E., Dolezal, M., Helbling, M., Höglinger, D., Hutter, S. and Wüest, B. (eds.): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 96-126

- Lehndorff, Steffen (2012). Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt, Hamburg: VSA
- Lehndorff, Steffen (2013). Fiskaldiktat kontra Sozialmodell: Die deutsche Politik in der europäischen Krise. In: Filipič, Ursula/Elisabeth Beer (Hg.): Sozialer Aderlass in Europa: Arbeit und soziale Sicherung unter Druck, Sozialpolitik in Diskussion 13, AK Wien, 9 - 20
- Lehndorff, Steffen (Hrsg.) (2014). Spaltende Integration. Hamburg: VSA
- Loch, Dietmar/Norocel, Ovidiu Cristian (2015). The Populist Radical Right in Europe. A Xenophobic Voice in the Global Economic Crisis. In: Hans-Jörg Trezz, Carlo Ruzza and Virginie Guiraudon (eds), Europe in Crisis: The Unmaking of Political Union, New York: Palgrave Macmillan, 251-269
- Merkel, Angela (2011): „Wir werden Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“ Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho, 1.9.2011; <https://www.blaetter.de/aktuell/dokumente/%C2%BBwir-werden-wege-finden-die-parlamentarische-mitbestimmung-so-zu-gestalten-dass-si> (9.9.2015)
- Mittendrein, Lisa (2013). Solidarität ist alles, was uns bleibt – Solidarische Ökonomie in der griechischen Krise, Neu-Ulm: AG SPAK
- Offe, Claus (2004). Pflichten versus Kosten: Typen und Kontexte solidarischen Handelns. In: Beckert, Jens/Eckert, Julia /Kohli, Martin /Streeck, Wolfgang (Hg.). Transnationale Solidarität: Chancen und Grenzen. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 35–50
- Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2013). A new European Interventionism? The impact of the New Economic Governance on Wages and Collective Bargaining. In: Natali, David/ Vanhercke, Bart (eds.): Social Developments in the EU 2012, Brussels: European Trade Unions Institute and the European Social Observatory, 181- 214
- Simsa, Ruth/del Mar Galvez Rodriguez, Maria (2014). La protesta sin organización? Nuevas tendencias en movimientos sociales frente a las entidades no lucrativas. Revista Espanola del Tercer sector (28) (im Erscheinen)
- Sternø, Steinar (2004). Solidarity in Europe. The History of an Idea. Cambridge: Cambridge University Press
- Taylor, Charles (2002). Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Vaughan-Whitehead, Daniel (2013). Public Sector Shock: The Impact of Policy Retrenchment in Europe, Cheltenham: Edward Elger
- Vaughan-Whitehead, Daniel (ed.) (2015). The European Social Model in Crisis: Is Europe Losing its Soul? Cheltenham: Edward Elger
- Vogel, Berthold (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Hamburg: Hamburger Edition
- Voswinkel, Stephan/Wagner, Gabriele (2013). Vermessung der Anerkennung. Die Bearbeitung unsicherer Anerkennung in Organisationen. In: Axel Honneth, Ophelia Lindemann und Stephan Voswinkel (Hg.): Strukturwandel der Anerkennung. Paradoxien sozialer Integration in der Gegenwart. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 75–120